

Strategische Eckpunkte für eine nachhaltige Entwicklung in Kommunen

erarbeitet im Rahmen des Dialogs „Nachhaltige Stadt“ von

Andreas Bausewein, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Erfurt

Andreas Brand, Oberbürgermeister der Stadt Friedrichshafen

Horst Frank, Oberbürgermeister der Stadt Konstanz

Dr. Kurt Gribl, Oberbürgermeister der Stadt Augsburg

Hans-Joachim Grote, Oberbürgermeister der Stadt Norderstedt

Burkhard Jung, Oberbürgermeister der Stadt Leipzig

Ulrich Mädge, Oberbürgermeister der Hansestadt Lüneburg

Dr. Ulrich Maly, Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg

Jürgen Nimptsch, Oberbürgermeister der Bundesstadt Bonn

Boris Palmer, Oberbürgermeister der Stadt Tübingen

Dr. Daniel Rapp, Oberbürgermeister der Stadt Ravensburg

Dr. Dieter Salomon, Oberbürgermeister der Stadt Freiburg

Werner Spec, Oberbürgermeister der Stadt Ludwigsburg

Christian Ude, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München

Hermann Vogler, Oberbürgermeister der Stadt Ravensburg (1987–2010)

Stephan Weil, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Hannover

Dr. Eckart Würzner, Oberbürgermeister der Stadt Heidelberg

Inhalt:

Zum Hintergrund.....	4
Vom Programm zur Praxis: Oberbürgermeister für eine nachhaltige Entwicklung	4
I. Partizipation und Öffentlichkeitsbeteiligung	5
II. Nachhaltigkeit im kommunalen Finanzwesen	7
III. Nachhaltigkeit als kommunale Querschnittsaufgabe	8
IV. Abstimmung der Nachhaltigkeitsaktivitäten von Kommunen, Ländern, Bund und Europäischer Union	10

Impressum

Herausgegeben von den Oberbürgermeistern der Städte Augsburg, Bonn, Erfurt, Freiburg, Friedrichshafen, Hannover, Heidelberg, Konstanz, Leipzig, Ludwigsburg, Lüneburg, München, Norderstedt, Nürnberg, Ravensburg und Tübingen

In deren Auftrag zusammengestellt von der Geschäftsstelle des Rates für Nachhaltige Entwicklung

© 2010

Rat für Nachhaltige Entwicklung

c/o Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH

www.nachhaltigkeitsrat.de

info@nachhaltigkeitsrat.de

Zum Hintergrund

Auf Einladung des Rates für Nachhaltige Entwicklung treffen sich Oberbürgermeister und politische Vertreter von Städten in der Bundesrepublik Deutschland, die sich auf besondere und führende Weise der Idee der Nachhaltigkeit widmen, zu einem Dialog über strategische Fragen der „Nachhaltigen Stadt“. Die Beteiligten tauschen insbesondere ihre eigenen Ansätze als politisch Verantwortliche aus und gehen der Frage nach, wie die kommunale Nachhaltigkeitspolitik mehr Profil und Gewicht in der Bundespolitik erlangen kann.

Das Ergebnis sind strategische Eckpunkte für eine nachhaltige Entwicklung in Kommunen, die als Bekenntnisse und Empfehlungen der beteiligten Oberbürgermeister und als Basis für Forderungen an die Politik vereinbart werden.

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung hat den Dialogprozess ermöglicht. Die Inhalte gehen allein auf die Diskussionen der Oberbürgermeister zurück.

Vom Programm zur Praxis: Oberbürgermeister für eine nachhaltige Entwicklung

Wir, die Oberbürgermeister von Augsburg, Bonn, Erfurt, Freiburg, Friedrichshafen, Hannover, Heidelberg, Konstanz, Leipzig, Ludwigsburg, Lüneburg, München, Norderstedt, Nürnberg, Ravensburg und Tübingen, richten unsere Politik an den Grundsätzen der Nachhaltigkeit aus. Wir sind überzeugt: Eine nachhaltige Stadtentwicklung, die ökologische, ökonomische und soziale Belange gleichberechtigt und auf der Grundlage generationengerechter Finanzen betreibt, ist die beste Basis für die Zukunft unserer Städte. Aufgrund der ausgezeichneten Erfahrungen aus den bisherigen Schritten wollen wir unseren Weg fortsetzen und die Ansätze weiter ausbauen. Wir möchten dazu beitragen, dass ein neues Kapitel der Nachhaltigkeitspolitik aufgeschlagen wird.

Wir wollen Städte und Gemeinden und ihre verantwortlichen Repräsentanten, die den Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung noch stärker in den Fokus ihrer Politik stellen wollen, mit Hinweisen und Anregungen aus unseren bisherigen Erfahrungen unterstützen. Deshalb formulieren wir Eckpunkte für eine nachhaltige Stadtentwicklung.

Unsere vier Eckpunkte

Wir bekennen uns als Oberbürgermeister zu unserer Verantwortung für das Ganze:

1. Nachhaltigkeit muss von den Menschen her gedacht werden: konkret, lebendig, zupackend, mit Perspektive und gemeinsam mit den Menschen, die sich bereits jetzt in zunehmendem Maße die Idee der Nachhaltigkeit zu eigen machen.

Deshalb setzen wir auf Dialog, Partizipation und die Übernahme von Verantwortung und geben der Nachhaltigkeit durch konkrete Projekte vor Ort ein Gesicht.

2. Nachhaltigkeit bedeutet, nicht mehr Ressourcen zu verbrauchen, als zur Verfügung stehen – auch in finanzieller Hinsicht.

Deshalb setzen wir uns für einen ausgeglichenen Haushalt und den Schuldenabbau zugunsten kommender Generationen ein und fordern eine strukturelle Entlastung der Kommunen.

3. Eine nachhaltige Entwicklung erfordert die Integration der Ressorts und Sachfragen in eine große Perspektive.

Deshalb machen wir Nachhaltigkeit zur Chefsache und integrieren diese Querschnittsaufgabe in Politik und Verwaltung.

4. Die Kraft zu einer nachhaltigen Entwicklung kann nur zustande kommen, wenn alle staatlichen Ebenen an einem Strang ziehen.

Deshalb wollen wir eine stärkere Abstimmung zwischen den Kommunen, den Ländern, dem Bund und der Europäischen Union.

Den Bund und die Länder fordern wir auf, den politischen Rahmen für eine zukunftsfähige Entwicklung der Kommunen zu stärken und gemeinsam mit uns eine nachhaltige Entwicklung in der Bundespolitik zu befördern. Dazu gehört, die Schieflage der Kommunalfinanzen aufgrund von Aufgabenverlagerungen ohne ausreichende Gegenfinanzierung durch ein faires Gemeindefinanzierungssystem zu korrigieren, das die Einnahme- und die Ausgabeseite der Kommunen neu justiert. Gleichzeitig fordern wir im Sinne einer erfolgreichen Wirtschafts-, Sozial-, Umwelt- und Finanzpolitik eine stärkere partnerschaftliche Zusammenarbeit und Vernetzung der politischen Ebenen auf Augenhöhe.

Die Verantwortlichen globaler Nachhaltigkeitsstrategien fordern wir auf, die wichtige Rolle der Kommunen zu berücksichtigen und zu stärken.

Aufruf

Wir laden die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Deutschland, die anderen politischen Ebenen und die Öffentlichkeit ein, unsere Eckpunkte zu unterstützen. Wir wissen, dass viele sich bereits auf den Weg gemacht haben. Wir freuen uns über möglichst viele Mitstreiterinnen und Mitstreiter, die uns dabei unterstützen, unsere Initiative in Zusammenarbeit mit dem Nachhaltigkeitsrat noch wirkungsvoller zu machen. Wer mit der Idee der Nachhaltigkeit Ernst machen will, der muss sie für die Zukunft der Städte nutzbar machen.

Wir haben Hochachtung vor den vielfältigen Initiativen zur Nachhaltigkeit, wie dem Engagement zur Lokalen Agenda 21 oder den intensiven internationalen Dialogen und Netzwerken (European Sustainable Cities and Towns Campaign, Covenant of Mayors, Energie Cités, Alianza del Clima u. a.). Wir wollen an diese Aktivitäten anknüpfen und der kommunalen Nachhaltigkeitspolitik in Deutschland einen neuen Impuls geben. Dabei haben wir durchaus unterschiedliche Schwerpunkte und verfolgen verschiedene Ansätze. Was uns zusammenbringt, ist unsere persönliche Übernahme von Verantwortung. Es gibt keine Blaupausen und keine einfachen Erfolgsrezepte zur nachhaltigen Entwicklung. Aber es ist gewiss, dass es ohne das überzeugende Beispiel, das mitreißende Engagement und die beharrliche Initiative der politischen Führung nicht geht.

I. Partizipation und Öffentlichkeitsbeteiligung

Nachhaltige Entwicklung kann und darf nicht von oben verordnet werden. Sie muss gelebt werden und kann nur vom Engagement der Zivilgesellschaft leben.

Wir vertrauen auf die Kenntnisse, Erfahrungen und Ideen der Menschen in unseren Städten. Umgekehrt ermöglichen wir politische Teilhabe und schaffen so Vertrauen, wenn wir zeigen, dass uns dieses Wissen wichtig ist. Die parlamentarische Demokratie, aber auch kommunale und landesweite Bürger- und Volksbegehren sind für uns die Grundlage für partizipative Ansätze. Wir halten die kommunale Ebene als den Ort, wo Demokratie am unmittelbarsten erfahren und gelebt wird, für am besten geeignet, direktdemokratische Elemente zu erproben und dauerhaft zu implementieren. Wir ermöglichen Beteiligung deshalb nicht nur, sondern fordern die Mitwirkung und Verantwortungsübernahme auch ein. Eine echte Beteiligung

fordert von der Öffentlichkeit Engagement. Die Beteiligten sollen Mitverantwortung für Umsetzung, Ergebnisse und Wirksamkeit übernehmen.

Konkret heißt Partizipation und Öffentlichkeitsbeteiligung für uns:

1. Eigeninitiative und Mitwirkung fördern

Wir beteiligen die Bevölkerung bei wichtigen Themen der Stadtpolitik und bei allen großen Investitionen. Wir informieren dafür frühzeitig und umfassend und legen die Verfahrensweisen, Grundlagen, Ziele und Wirkungen von Entscheidungen offen. Wir gehen mit gutem Beispiel voran und gestalten Prozesse transparent, indem wir aktuell über die Prüfung von Vorschlägen informieren und hinterher eine Rückmeldung über die Ergebnisse der Beschlussfassungen geben. Wir achten bei der Beteiligung der Öffentlichkeit auf eine ausgewogene Zusammensetzung und auf angemessene Verfahren. Dabei benennen wir neben den Möglichkeiten auch die Grenzen von Partizipation klar und deutlich.

Wir möchten dazu beitragen, dass Menschen ihre Belange im Gemeinwesen selbst in die Hand nehmen – nicht als Ersatz für fehlende staatliche Angebote, sondern als eigenständigen Wert. Wir wollen helfen, dass sich diese Eigeninitiative entfalten kann. Konkret bedeutet das, dass wir klare Verantwortlichkeiten für das Nachhaltigkeitsmanagement und die Beteiligung der Öffentlichkeit schaffen. Wir fördern die Kompetenzen unserer Mitarbeiter entsprechend.

2. Mut zum Experiment

Die Ausgestaltung von Partizipation muss unterschiedliche Wege gehen. So unterschiedlich die kommunalen Verfassungen sind und so unterschiedlich die politische und gesellschaftliche Situation vor Ort ist, so vielfältig sind denkbare Ansätze, Aktionen und Ideen zur Nachhaltigkeit.

Sinnvoll ist es, Einzelaktionen einen institutionellen Rahmen zu geben. Eine Möglichkeit ist die Berufung von Bürgerinnen und Bürgern in Beiräte, die sich mit Fragen der Nachhaltigkeit beschäftigen. So kann die politische Teilhabe der Zivilgesellschaft an Kontinuität gewinnen. Wichtig für eine qualifizierte Arbeit der Bürgerinnen und Bürger ist deren strukturelle und inhaltliche Unterstützung.

3. Unternehmen eine Rolle geben

Partizipation und Dialog müssen auch das Zusammenwirken mit dem Gewerbe, dem Handel und der Wirtschaft prägen. Wir beziehen deshalb die in unseren Städten ansässigen Kammern, Unternehmensvereinigungen, -verbände sowie einzelnen Unternehmen verstärkt in den Nachhaltigkeitsprozess ein.

Konkret heißt das, dass wir in den wichtigen Feldern der nachhaltigen Stadtentwicklung den Dialog mit Eigentümern und relevanten Branchen weiter entwickeln, um deren Eigeninitiative zu mobilisieren. Auf diese Weise fördern wir die Kooperation zwischen den unterschiedlichen Interessengruppen in zukunftsfähigen, zielführenden Projekten. Im Sinne unternehmerischer Gesellschaftsverantwortung (CSR) arbeiten wir zusammen mit den Unternehmen an Formen des nachhaltigen Wirtschaftens.

4. Stadtvisionen – gemeinsame Entwicklung konkretisieren

Wir entwickeln gemeinsam mit der Bevölkerung sowie den vor Ort tätigen Unternehmen und Verbänden ein Zukunftsbild unserer Stadt und konkretisieren dieses fortlaufend. Dem Klimaschutz kommt dabei besondere Bedeutung zu. Wir wissen, dass wir die Emission von Treibhausgasen bis 2050 deutlich reduzieren müssen.

Deshalb arbeiten wir in Strategien und Programmen auf eine größtmögliche Reduktion von CO₂-Emissionen mit dem Fernziel der CO₂-Neutralität hin. Wir werden schrittweise die städtische Infrastruktur und die Bausubstanz an diese Anforderungen anpassen. Dabei werden Modell- und Pilotprojekte eine wichtige Rolle spielen, um – ausgehend von einzelnen neuen Wohnquartieren bis hin zu bestehenden Quartieren und ganzen Stadtteilen – den Umbau der Stadt zu nachhaltigen Strukturen und Anlagen zu leisten.

Wir nutzen Instrumente wie den European Energy Award und andere zum Beispiel vom Covenant of Mayors empfohlene Methoden, um unsere Maßnahmen zu einer systematischen Energie- und Klimaschutzpolitik zusammenzuführen.

Wir sind entschlossen, eine Führungsrolle im kommunalen Klimaschutz zu übernehmen und über Einzelmaßnahmen hinaus eine übergreifende, langfristige Stadtvision zu erarbeiten.

II. Nachhaltigkeit im kommunalen Finanzwesen

Es gibt auch eine fiskalische Nachhaltigkeit. Sie hat zwei Seiten: Zum einen muss eine nachhaltige Politik finanzierbar sein oder auf selbsttragenden wirtschaftlichen Effekten beruhen. Zum anderen müssen finanzielle Ressourcen genauso wie ökologische Ressourcen bewahrt bzw. in vielen Fällen erst wiederhergestellt werden. Deshalb sind ein ausgeglichener Haushalt und der Schuldenabbau zugunsten kommender Generationen zentrale Ziele der Stadtpolitik.

Diese Ziele verlangen massive Anstrengungen vonseiten der Kommunen. Sie erfordern jedoch auch eine strukturelle Entlastung. Wir erwarten, dass Bund und Länder die Voraussetzungen für eine stabile und dauerhafte Finanzierung der Kommunen schaffen.

Konkret heißt Nachhaltigkeit im kommunalen Finanzwesen für uns:

1. Ausgaben und Einnahmen angleichen

Wir wollen die kommunalen Ausgaben und Einnahmen in ein angemessenes, zukunftsfähiges Verhältnis bringen. Dies kann jedoch nicht allein auf kommunaler Ebene erreicht werden. Zu einer nachhaltigen Entwicklung in Kommunen gehören die Prinzipien Konnexität und Subsidiarität sowie die Sicherung angemessener Anteile an den staatlichen Steuereinnahmen. Wir halten es für inakzeptabel, wenn die Kommunen weiter gesamtstaatlich zu verantwortende Aufgaben, insbesondere im sozialen Bereich, wahrzunehmen und zu finanzieren haben, auf deren Entwicklung sie keinen Einfluss nehmen können und deren steigende Finanzierungslast die kommunalen Möglichkeiten übersteigt. Vor diesem Hintergrund verlangen wir eine ernsthafte Aufgabenüberprüfung. Zudem sollen neue Aufgaben nur dann auf die Kommunen übertragen werden, wenn deren Finanzierung dauerhaft sichergestellt ist. Um dies zu gewährleisten, ist eine Regelung z. B. nach dem österreichischen Modell erforderlich, nach dem Aufgaben nur dann auf die Kommunen übertragen werden können, wenn eine mit den Kommunen einvernehmliche Finanzierungslösung gefunden wird oder andernfalls die staatliche Ebene, die die Aufgabenübertragung veranlasst hat, deren vollständige Finanzierung übernimmt. Erforderlich sind überdies sichere kommunale Einnahmequellen; dazu gehört auch eine nach Art. 28 Abs. 2 GG garantierte mit Hebesatzrecht ausgestaltete wirtschaftskraftbezogene Steuerquelle.

2. *Langfristig planen*

Wir berücksichtigen sowohl auf der Ausgabeseite als auch auf der Einnahmeseite Nachhaltigkeitsaspekte.

Wir fördern eine umfassende und konsequente Aufgabenkritik und die Entwicklung neuer, effizienter Arbeits- und Kooperationsformen. In steuerlich ertragsstarken Jahren reduzieren wir die Konsolidierungsanstrengungen nicht, sondern bauen sie weiter aus.

Wir nutzen die bestehenden kommunalen Möglichkeiten, die Schonung natürlicher Ressourcen und die Nutzung innovativer Technologien voranzubringen, und erzielen damit in vielen Fällen auch finanzielle Einsparungen.

Knappe öffentliche Haushalte erfordern eine konsequente Erfolgskontrolle für einen haushälterischen Umgang mit finanziellen Ressourcen. Deshalb formulieren wir quantifizierte Ziele für den städtischen Haushalt und nutzen Indikatoren zur Überprüfung.

3. *Kostentransparenz herstellen*

Wir wollen im Rahmen dessen, was wir auf kommunaler Ebene gestalten können, dazu beitragen, dass Preise die ökonomische, ökologische und soziale Wahrheit sagen. Kostenklarheit ermöglicht eine langfristige und realistische Planung. Das gilt insbesondere bei Bau- oder Infrastrukturvorhaben, bei der Beschaffung von IT-Geräten oder von Kraftfahrzeugen und anderen langlebigen Verbrauchsgütern. Neben aktuellen Anschaffungs- und Investitionskosten sollen die langfristigen Kosten des gesamten Lebenszyklus einer Maßnahme stärker berücksichtigt werden. Intergenerative „Schattenkosten“ sollen erkennbar und damit vermeidbar werden.

Konkret heißt das, dass wir bei allen größeren Investitionsprojekten die Lebenszeitkosten prüfen und in unsere Entscheidungen mit einbeziehen.

Daneben regen wir bei Bund und Ländern an, im Zusammenwirken mit den Kommunen entsprechende Instrumente zu entwickeln und an konkreten Beispielen zu testen, die praktisch anwendbar sind.

4. *Prüfverfahren entwickeln und erproben*

Nachhaltigkeitsprüfungen sollen in Zukunft den haushälterischen Umgang mit finanziellen und natürlichen Ressourcen sicherstellen. Konkret heißt das für uns, dass wir die Nachhaltigkeit bei allen neuen und wesentlichen Maßnahmen prüfen wollen und über Verfahren und Ergebnisse in den Erfahrungsaustausch mit allen staatlichen Ebenen eintreten. Wir regen bei Bundes- und Landesinstitutionen in Kooperation mit den kommunalen Spitzenverbänden an, geeignete Instrumente zu entwickeln.

III. Nachhaltigkeit als kommunale Querschnittsaufgabe

Für eine nachhaltige Entwicklung sind alle Politikbereiche wichtig. Der Blick auf das Morgen verlangt ein Denken, das über Ressortpolitik hinausgeht und Wirtschaft, Ökologie und Soziales in einer Vision für das Morgen zusammenbringt.

Im administrativen Alltag der städtischen Leistungen und Aufgaben drückt sich dieses Prinzip in der Pflicht aller Bereiche aus, Nachhaltigkeit als Querschnittsaufgabe zu verstehen und umzusetzen. Das ist, wie wir wissen, einfach gesagt und nur mit großem Einsatz wirksam zu organisieren und zu steuern. Wir wissen aber auch, dass es demjenigen, der es ernsthaft

versucht, Vorteile durch eine größere Attraktivität der Stadt nach außen und mehr Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Innern bringt.

Konkret heißt das für uns:

1. *Nachhaltigkeit zur Chefsache machen*

Die Verantwortung für das Thema Nachhaltigkeit muss bei der politischen Spitze angesiedelt sein, um die Wirksamkeit des Anliegens zu sichern. Von hier aus müssen die Nachhaltigkeitsaktivitäten innerhalb der Verwaltung koordiniert sowie die Verbindung zu den politisch Verantwortlichen im Rat, in der Zivilgesellschaft und in der Wirtschaft gesucht werden. Wir sorgen dafür, dass die Verwaltungsleistungen für Nachhaltigkeit und die personellen Verantwortlichkeiten klar erkennbar sind.

Nachhaltigkeit als Querschnittsaufgabe bedeutet auch, dass wir die Gestaltungskompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für eine nachhaltige Entwicklung fördern.

2. *Kommunale Unternehmen am Leitbild der Nachhaltigkeit ausrichten*

Nachhaltigkeit als kommunale Aufgabe geht über das Einmaleins moderner Verwaltungstechnik hinaus. Wichtig ist, dass jedes Ressort, jeder Verein, jedes Unternehmen und jede Person in der Stadt versteht, welche Aufgabe für eine zukunftsfähige Entwicklung der Stadt er oder sie hat. Das zu strukturieren und zu organisieren ist unsere Aufgabe als Oberbürgermeister.

Deshalb richten wir Eigenbetriebe, Stadtwerke und andere kommunale Unternehmen am Leitbild der Nachhaltigkeit aus. Wir setzen uns dafür ein, dass unsere Unternehmen ihre gesellschaftliche Verantwortung verstärkt wahrnehmen.

3. *Das Management verbessern*

Jede Kommunalverwaltung sollte eine Vorreiterrolle übernehmen. Verschiedene Bereiche aus der Beschaffung, der Bildung, der Förderung des Ehrenamtes und der regionalen nachhaltigen Wirtschaft bieten sich dafür an.

Unser Beschaffungs- und Vergabewesen richten wir mit bewährten Methoden an sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Kriterien aus und tragen den Nachhaltigkeitsgedanken so in alle Fachplanungen, Konzepte und Maßnahmen der Verwaltung. Um eine nachhaltige Beschaffungspolitik zu erleichtern, fordern wir den Bund nachdrücklich auf, die verwirrenden und vielfältigen Informationen zu Produktkennzeichen und -labels zur sozial verantwortlichen und ökologisch verträglichen Herstellung von Produkten zu vereinfachen und wirksamer zu machen. Durch Kennzeichnungen, Informationen und Vorbildentscheidungen sollen die Verfahren der nachhaltigen Beschaffung einfacher und nicht aufwendiger werden.

Gleichzeitig fordern wir die EU, die Bundesregierung und die Länder auf, in der Praxis die Rechtssicherheit für eine nachhaltige Beschaffung zu verbessern.

IV. Abstimmung der Nachhaltigkeitsaktivitäten von Kommunen, Ländern, Bund und Europäischer Union

Eine große Chance und Verantwortung liegt in der verbesserten und wirksameren Abstimmung der Ebenen von den Kommunen bis zur EU. Dies ist aber nicht durch formale administrative Vorgaben möglich, sondern nur durch den aktiven Willen aller Beteiligten zur Kooperation und zum Austausch über wirksame und erfolgreiche Strategien.

Konkret heißt das für uns:

1. *„Bottom-up“ und „top-down“ in ein gesundes Verhältnis bringen*

Die nationale Nachhaltigkeitsstrategie und die entsprechende Strategie der EU sind für uns eine Orientierung bei der Ausrichtung der städtischen Handlungskonzepte. Eine stärkere Einbindung der Kommunen bei der Entwicklung der Strategien ist nötig. Die kommunale Selbstverwaltung ist ein hohes politisches Gut, dessen Bedeutung die nationale Nachhaltigkeitspolitik stärker berücksichtigen sollte.

2. *Beim Messen von Nachhaltigkeit kooperieren*

Wir stellen uns der Aufgabe, die Nachhaltigkeit der Stadtentwicklung anhand von Kenngrößen zu belegen und im Rahmen eines auf Dauer angelegten Monitorings die Hemmnisse, Konflikte und Fortschritte konkret fassbar zu machen. Wir sind bereit, dabei jene Indikatoren der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie und (sofern vorhanden) der Länderstrategien in unseren kommunalen Nachhaltigkeitsstrategien aufzugreifen, für die eine kommunale Bilanz sinnvoll ist und die keinen übermäßigen bürokratischen Aufwand erzeugen. Bund und Länder sollen die Kommunen wirksamer an der Fortentwicklung ihrer Ziele und Indikatoren beteiligen.

3. *Die politische Leitschnur Nachhaltigkeit ernsthafter befolgen*

Wir sind bereit, uns die Strategien der Länder und die nationale Nachhaltigkeitsstrategie als Richtschnur zu eigen zu machen. Wir erwarten aber umgekehrt, dass die Bundesregierung und die Länder ihre Politik stärker als bisher an dieser Richtschnur ausrichten. Sie sollen gesetzliche Regulierungen, Fiskalpolitik und Förderprogramme stärker als bisher am Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung unseres Landes und unserer Städte sowie generationengerechter Finanzen gestalten.

Wir regen an, den Erfahrungsaustausch und die gegenseitige Information zu verbessern. Nachhaltigkeit erfordert eine partnerschaftliche Zusammenarbeit aller Beteiligten.